

Gefahr durch Regulatorische Kooperation

Handelsabkommen der neuen Generation (TTIP und CETA)
als Bremsklotz für nachhaltige Landwirtschaft

von Alessa Hartmann

Im Oktober 2015 kam es in Berlin zur bisher größten Demonstration gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada. Unter dem Motto »TTIP und CETA stoppen – Für einen gerechten Welthandel!« folgten bis zu 250.000 Menschen dem Aufruf eines breiten Bündnisses, dem unter anderem Gewerkschaften, kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Kulturorganisationen und Umweltverbände angehören. Zentrale Kritikpunkte in Reden und auf Plakaten waren immer wieder die mangelnde Transparenz des Verhandlungsprozesses, die Gefahr sinkender Standards z. B. im Umwelt- und Lebensmittelbereich sowie die Konzernklagerechte respektive die im Geheimen tagenden privaten Schiedsgerichte. Weitestgehend ohne größere Beachtung und vielleicht für Viele auch noch unbekannt blieb die sog. »Regulatorische Kooperation«. Die Autorin des folgenden Beitrages sieht darin die Kerngefahr der Handelsabkommen der neuen Generation.

Am 10. Oktober 2015 gingen in Berlin 250.000 Menschen gegen die Handels- und Investitionsabkommen mit den USA und Kanada (TTIP und CETA) auf die Straße. Auf vielen Plakaten und Bannern wurde vor Konzernklagerechten (Investor-to-State-Dispute Settlement – ISDS) und der Intransparenz der Verhandlungen gewarnt.

Mindestens genauso gefährlich, aber viel unbekannter ist die sog. »Regulatorische Kooperation«, eines der horizontalen Verhandlungskapitel in TTIP. Horizontal bedeutet, dass alle Verhandlungsbereiche davon betroffen sind, von Landwirtschaft über öffentliche Dienstleistungen bis zu Datenschutz und genau genommen alle regulierenden und gesetzgeberischen Initiativen, die Einfluss auf den Handel haben könnten. Diese Regulatorische Kooperation fand sich kaum als Schlagwort bei den Demonstranten wieder. Und doch verbirgt sich hinter der langweilig-technischen Bezeichnung die Kerngefahr der sog. »Handelsabkommen der neuen Generation« TTIP und CETA.

In diesem Artikel soll zum einen analysiert werden, was bereits an Entwürfen zu Regulatorischer Kooperation in TTIP bekannt ist. Zum anderen haben wir den bereits ausgehandelten CETA-Text vorliegen, an dem wir schwarz auf weiß festmachen können, wo die Gefahren liegen.¹

Doch zunächst einmal: Was hat Handelspolitik mit Regulierung zu tun? Auf den ersten Blick nicht viel,

auf den zweiten aber lässt sich ein neuer Trend in Brüssel beobachten: In Handelsabkommen, beispielsweise in dem mit den USA, finden sich völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen über Regulierung und Standardsetzung. Das ist neu und bedeutet einen weitreichenden Eingriff in die staatliche Souveränität und demokratische Rechte (das *right to regulate*).

Durch Regulatorische Kooperation wollen die Verhandlungspartner auf beiden Seiten des Atlantiks eine Harmonisierung und/oder gegenseitige Anerkennung von Standards erreichen, um Handelshemmnisse zu minimieren. Diese »Handelsbarrieren« sind aber in der Regel über Jahrzehnte hart erkämpfte, hohe Schutzstandards, so z. B. unsere Lebensmittelstandards, Vorschriften für die Verwendung von Chemikalien, Umweltschutzrichtlinien oder Arbeitssicherheitsstandards.

Welche Regulierungen sind betroffen?

Werfen wir einen Blick in die TTIP-Textentwürfe:² Betroffen sind hier Aktualisierungen »aller regulierenden und gesetzgeberischen Initiativen, die Einfluss auf den Handel haben könnten, auch in der Planungsphase«. Davon sind nicht nur geplante, sondern auch bereits existierende Regeln und Gesetze erfasst. Für die USA bedeutet das konkret: Bundesgesetze der USA, die von

Mitgliedern des US-Kongresses und der Regierung eingebracht werden, Gesetze auf Bundesstaatsebene, die von staatlichen Gesetzgebern und der Regierung eingebracht werden, sowie Regeln und Richtlinien, die von US-Bundesbehörden, unabhängigen Behörden der USA und Behörden auf Bundesstaatsebene vorgeschlagen werden. In Europa sind alle Rechtsakte betroffen: Das Sekundärrecht der EU (Richtlinien und Verordnungen), Durchführungsmaßnahmen der EU und die Gesetzgebung auf Ebene der EU-Mitgliedstaaten einschließlich der entsprechenden Durchführungsmaßnahmen.

Welche Gefahren drohen?

Diskrepanz science-based vs. Vorsorgeprinzip

Die Voraussetzungen für Regulierung in den USA und in Europa sind grundsätzlich verschieden: In Europa gilt das Vorsorgeprinzip. Das bedeutet, dass der Erzeuger eines Produktes vor dessen Markteinführung nachweisen muss, dass es nicht schädlich für Umwelt und Verbraucher ist. In den USA ist das praktisch umgekehrt: Öffentliche Einrichtungen müssen beweisen, dass ein Produkt schädlich ist, damit es verboten und vom Markt genommen wird. Diese beiden unterschiedli-

chen Ansätze miteinander zu vereinbaren bedeutet eine riesige Herausforderung. Dies ohne eine Absenkung oder Schwächung von Standards zu schaffen, erscheint unwahrscheinlich oder zumindest sehr risikoreich.

Die Erfordernis von »Regulierungsdialogen« der transatlantischen Regierungen

Die Vertragspartner (Regierungen der USA und der EU-Mitgliedstaaten) haben das Recht, über neue Regulierungsvorschläge des Partners informiert zu werden und diese auch zu kommentieren. Diese Kommentierung muss auch beantwortet werden, zu ihnen muss also Stellung bezogen werden, da Regulierungen nur noch in Übereinstimmung mit dem Freihandelsabkommen geschehen dürfen. Dies bedeutet, dass die amerikanische Regierung weitgehenden Einfluss auf europäische Standards und Regulierungen nehmen kann (und auch umgekehrt) – und zwar *bevor* demokratisch legitimierte Parlamente diese zu Gesicht bekommen. Diese Vorgabe ist auch im finalen CETA-Vertragstext enthalten. Es besteht dort zwar kein Zwang, die Kommentierungen auch wirklich umzusetzen. Dennoch wird dieses Vorgehen in der Praxis zu Verhinderung und Verzögerung von Gesetzen führen und politischen Druck erhöhen.

»OIRA« – ein schlechtes Vorbild aus den USA?

OIRA steht für »Office on Information and Regulatory Affairs« und ist eine Agentur, die direkt im Weißen Haus angesiedelt ist. Ihre Aufgabe ist es, alle ökonomisch relevanten Regulierungsvorschläge aller anderen Bundesagenturen zu überprüfen. Laut ihrer rechtlichen Vorgaben soll OIRA untersuchen, wie sich geplante Regulierungen auf betroffene Branchen und Unternehmen, aber auch hinsichtlich Umwelt und Gesellschaft auswirken. Obwohl formal vorgesehen, spielen in der Praxis Gemeinwohlaspekte keine Rolle.

Abschwächung

Eine Reihe von Studien kommt zum Ergebnis, dass OIRA fast immer oder ausschließlich die Vorschläge anderer Agenturen abschwächt, um die Kosten für die Wirtschaft zu senken. Häufig übernimmt OIRA direkt die Änderungsvorschläge der Unternehmen oder Branchen, die von der geplanten Regulierung betroffen wären. Besonders Umweltregulierungen sind der Agentur ein Dorn im Auge. Sie verändert im Schnitt 65 Prozent der Regeln, die von den Bundesbehörden unterbreitet werden. Bei Vorschlägen der US-Umweltagentur EPA ist sie besonders aktiv: 84 Prozent davon werden verhindert oder verwässert. EPA-Vorschläge werden auch überproportional häufig überprüft. Die Öffentlichkeit erfährt in der Regel nicht, was genau OIRA geändert hat.

Industriellobby

Wenn OIRA-Mitarbeitende sich mit Betroffenen der Regulierungsvorschläge treffen, so sind das in 56 Prozent der Fälle Wirtschaftsvertreter und zu 18 Prozent Anwalts- und Lobbyfirmen, die wiederum zu 95 Prozent für Unternehmen und Branchenverbände arbeiten.

Die Liste der verzögerten, verwässerten, teilweise sogar ins Gegenteil verkehrten Regulierungsvorhaben ist lang. Ein Beispiel: Vor vier Jahren wurde der Food Safety Modernization Act beschlossen, aber es gibt immer noch keine Regeln, sprich praktisch gesehen ist dieses Gesetz zum Lebensmittelschutz immer noch nicht umgesetzt.

Dabei hat OIRA genau wie der geplante TTIP-JMB keine formale Veto- oder Rechtsetzungskompetenz. Dass sich ihre Änderungswünsche in den allermeisten Fällen durchsetzen, ist informellen Mechanismen sowie der Autorität des Weißen Hauses geschuldet.

Die Arbeitsweise von OIRA und deren Folgen lassen sich nicht direkt auf den geplanten TTIP-Regulationsrat übertragen. Dennoch haben die USA dieses Modell bei den Verhandlungen im Hinterkopf, denn das ist die Form von regulatorischer Kooperation, die sie seit Jahrzehnten praktizieren. Industrieverbände auf beiden Seiten des Atlantiks machen sich für ähnliche Modelle stark. Und es ist wahrscheinlich, dass Vertreter von OIRA auch im TTIP-Regulationsrat sitzen werden.

Die Schaffung eines transatlantischen Gremiums, das bei der Beschlussfassung zur Regulierung beraten soll

Zur Beaufsichtigung der Regulierungsprozesse hat die EU für TTIP die Schaffung eines transatlantischen institutionellen Rahmens vorgeschlagen: des Joint Ministerial Body (JMB), bestehend aus Vertretern ausgewählter Regulierungsbehörden der USA und der EU, der EU-Kommission, der USTRA (US-Handels- und Wirtschaftsministerium) sowie sog. »stakeholdern«. Dieses Gremium würde die Entwicklung und Umsetzung von Gesetzen in der EU und den USA beaufsichtigen. In CETA ist ein ähnliches Forum geplant, das Joint Committee (siehe unten).

Problematisch ist, dass diese Institution nicht gewählt ist und viel Macht in den Händen weniger vereint. Die besondere, weitreichende Natur des JMB macht die völkerrechtliche Absicherung aus, indem man es in einem Handelsabkommen ansiedelt. Es wird hier nicht um losen Austausch und Absprachen in einem Forum gehen, sondern hier wird dem Ganzen ein verbindlicher Rechtsrahmen gegeben. Die institutionelle Absicherung und die geforderten Auswirkungsanalysen machen ihn komplexer und umfassender als alle vorherigen Gremien. Das amerikanische Vorbild OIRA zeigt, wie viele Probleme es mit einer solchen Institution geben kann (siehe Kasten I).³

Außerdem gewährt der JMB Konzernlobbyisten einen präferenziellen Zugang, und hiermit kommen wir zu einer weiteren Gefahr.

Einfallstor für Industrielobby

Eine der größten Sorgen vonseiten der Zivilgesellschaft ist, dass durch die Regulatorische Kooperation, wie sie die EU versteht, Unternehmensgruppen und ihren Lobbyisten eine unzulässige Einflussnahme auf Regulierungsprozesse ermöglicht würde.

Mit dem JMB bekämen Stakeholder das Recht, »substanzielle gemeinsame Vorlagen« einzureichen, mit denen sich dieses Gremium befassen müsste. Stakeholder sind theoretisch alle interessierten Akteure, in der Praxis aber die Lobbyisten großer Unternehmen, denn nur die haben die finanziellen und personellen Mittel, sich in diese Prozesse richtungweisend einzubringen. Gewerkschaften, Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen haben schlichtweg weniger Kapazitäten, um in solchen Foren aktiv zu sein und genauso umfassend an Prozessen zu partizipieren wie Konzerne, die ihre Interessen bereits im Vorfeld und auch während der TTIP-Verhandlungen weitreichend einbringen konnten.⁴

Kosten-Nutzen-Analysen, die sich auf die Auswirkungen des Handels fokussieren

Im Rahmen des TTIP-JMB müssen Analysen zu »Kosten-Nutzen« und zu »Auswirkungen auf den Handel«

für vorgeschlagene Regulierungs- und Gesetzesinitiativen vorgelegt werden, die sich besonders mit Auswirkungen auf den internationalen Handel beschäftigen.

Leider nehmen Kosten-Nutzen-Analysen bei Entscheidungsfindungen mögliche Auswirkungen auf den Handel de facto wichtiger als andere Faktoren. Dies kann Verzögerungen bewirken und das oberste Ziel der meisten Regulierer vereiteln: den Schutz der Öffentlichkeit und Umwelt.

Denn Entscheidungen auf dieser Basis lassen positive Wirkungen außer Acht, deren Messung schwerer fällt, wie z. B. der Schutz der Privatsphäre (Stichwort Datensicherheit) oder auch der Wert von Menschenleben, die durch einen neuen Arbeitssicherheitsstandard gerettet werden könnten.

Living Agreement

Es ist möglich, dass im finalen TTIP-Abkommen nichts von Marktöffnung für Hormonfleisch oder ähnliches steht. Doch TTIP und auch CETA sind als sog. »lebende Abkommen« (*living agreements*) geplant. Das bedeutet, dass auch nach der Ratifizierung des Abkommens durch die Parlamente Regulierung und Standardsetzung weiter verändert und ausgebaut werden können, ohne dass die Gesetzgeber notwendigerweise erneut konsultiert werden müssen.

So können durch das Joint Committee in CETA ganz konkret völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Dies bezieht sich auch auf Änderungen aller Anhänge und Anlagen, nachdem der Vertrag ratifiziert wurde, und bedeutet, dass z. B. nach der offiziellen Ratifizierung die Listen zur Dienstleistungsliberalisierung verändert werden könnten. Ein Schutz vor einer nachträglichen Öffnung zur Privatisierung wäre demnach nicht mehr gegeben.⁵

Was bedeutet dieser Gefahrencocktail konkret?

Behinderung der Gesetzgebung

Die oben skizzierten Pläne werden den Schutz durch bestehende Rechtsvorschriften mühelos zurückdrängen; mit großer Wahrscheinlichkeit würde auch die Entwicklung neuer und die Anwendung bestehender Gesetze behindert werden. Dazu gehören auch das Vorsorgeprinzip und andere wichtige Maßnahmen zum Schutz der Allgemeinheit. Zumal es in den Texten keine Definition gibt, was einen »hohen Schutzstandard« ausmacht und auch keine konkrete Pflicht besteht, diese Schutzstandards zu erfüllen.

Verzögerung der Gesetzgebung

Die Top-down-Koordination dieser Maßnahmen durch einen institutionellen Rahmen zur transatlantischen Regulatorischen Kooperation mit dem JMB könnte leicht zu ernststen Verzögerungen führen. Sie

Konzernklagerechte – eine Bedrohung für die Landwirtschaft

Die in CETA und TTIP enthaltenen Konzernklagerechte sehen vor, dass ein Unternehmen, wenn es seine Profite durch Gesetze zum Schutz der Umwelt oder Verbraucher gefährdet sieht, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten auf Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe verklagen kann. Oftmals bewirkt schon die Androhung von Klagen, dass Gesetze bereits im Keim erstickt werden.⁶

Könnten Investoren in Zukunft TTIP und CETA nutzen, um auch Lebensmittelregulierungen anzugreifen? Das ist möglich und wird auch sicherlich der Fall sein. Das sog. »Investor-State-Dispute-Settlement« – ISDS gibt es bereits in vielen Investitionsschutzabkommen. So gibt es bereits zahlreiche Beispiele für Klagen (bis Ende 2014 etwa 608 bekannte Fälle), die daraus folgten. Stellvertretend dafür beleuchten wir hier zwei Fälle aus dem Agrarsektor, bei denen US-Konzerne klagten:

Cargill vs. Polen

2008 gewann der Konzern Cargill eine ISDS-Klage gegen Polen aufgrund des bilateralen Investitionsschutzabkommens zwischen Polen und der USA. Cargill stellt in Polen Isoglucose her, einen aus Weizen gewonnenen Süßstoff. Im Rahmen des EU-Beitritts beschloss Polen, neue Pro-

duktionsquoten für Süßungsmittel, um nationale Gesetze mit der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU in Einklang zu bringen. Cargill fühlte sich dadurch diskriminiert bzw. enteignet und reichte eine ISDS-Klage ein. Das Unternehmen bekam eine Entschädigungssumme von 16,3 Millionen US-Dollar zugesprochen. Zahlen mussten die polnischen Steuerzahler.⁷

Dow AgroSciences vs. Kanada

2009 reichte der US-Saatgutgigant Dow AgroSciences eine ISDS-Klage gegen Kanada (aufgrund des NAFTA-Abkommens) ein und verlangte zwei Millionen US-Dollar Schadenersatz. Die kanadische Provinz Quebec hatte das toxische Pestizid 2,4-D verboten, da dieses nachweislich zu erhöhten Krebsraten und Geburtsdefekten führt. Der Fall endete 2011 mit einem Vergleich. Quebec musste zwar keine Entschädigung zahlen, aber die Regierung musste offiziell verkünden, dass 2,4-D kein Risiko für Menschen und Umwelt darstelle, wenn die Gebrauchsanweisung korrekt befolgt werden würde. Dow AgroSciences bewertete diese Entscheidung als einen Erfolg. Das Ergebnis dieses Falles aber kann abschreckend auf andere Regierungen wirken, die dieses Pestizid ebenfalls verbieten wollen.⁸

könnte es Staaten, Ländern und Regionen erschweren, höhere Standards beizubehalten oder einzuführen, wenn die Bürgerinnen und Bürger dies verlangen. Erschwert würde auch, z. B. auf technologische Entwicklungen, auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse, auf von der Allgemeinheit bevorzugte politische Maßnahmen oder auf unmittelbare Krisen – etwa im Lebensmittelbereich – angemessen zu reagieren.

Von der Theorie in die Praxis: der Fall Gentechnik

In dem Kapitel »Regulatorische Kooperation« des CETA-Vertrags verpflichten sich die Vertragspartner dazu »[to] establish, when appropriate, a common scientific basis«.⁹ Zu einem noch nicht absehbaren Zeitpunkt soll also für die Zulassung von Risikotechnologien, wie gentechnisch veränderte Pflanzen, ein gemeinsamer »wissenschaftlich basierter Ansatz« gelten. Dieser Ansatz gehört zum sog. »Prinzip des Beweises«, das in den USA und Kanada gilt, und stellt einen tatsächlichen Angriff auf unser europäisches Vorsorgeprinzip dar (siehe oben).¹⁰

Des Weiteren ist in dem CETA-Kapitel »Dialog und bilaterale Kooperation« eine Passage zur Zusammenarbeit einschließlich Informationsaustausch zu Produkten der Biotechnologie¹¹ verankert.¹² Dort heißt es: »promoting efficient science-based approval processes for products of biotechnology«. Wieder wird also dem

wissenschaftlich basierten Ansatz und nicht dem Vorsorgeprinzip der Vorzug gegeben.

Außerdem gefährdet das CETA-Abkommen die Nulltoleranz für bestimmte gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in Europa. Lebensmittel und Saatgut dürfen bisher keine Spuren von GMO aufweisen, die in Europa nicht zugelassen sind. Der CETA-Text sieht hierzu vor: »cooperating internationally on issues related to biotechnology such as low level presence of genetically modified organisms«. Demnach soll es also eine Zusammenarbeit im Bereich geringfügiger Verunreinigungen mit GMO geben, das Prinzip der Nulltoleranz würde so aufgeweicht.

Wie schnell die US-Seite auf der Matte stehen kann, zeigte die Aufregung über die neuerdings möglichen nationalen Anbauverbote für GMO (*Opt-out*) innerhalb der EU. Bei ihrem Abschlussstatement zur TTIP-Verhandlungsrunde im April 2015 beklagt sich US-Verhandler Froman über das GMO Opt-out der EU. EU-Verhandler Bercero versichert daraufhin, dass der Vorschlag keinesfalls eine Blockade von GMO bedeute. Er fügt stolz hinzu, dass tatsächlich am selben Tag 19 weitere GMOs von der EU-Kommission anerkannt wurden.¹³ Verordnungsentwürfe wie die Opt-out-Regelung dürften künftig schon lange im Vorfeld durch ein Verfahren der Regulierungszusammenarbeit von US-Regulierern und den interessierten Verbänden,

die mindestens einmal im Jahr gehört werden müssen, torpediert werden.

Wie äußert sich das EU-Parlament?

Am 8. Juli 2015 hat das Europäische Parlament eine Resolution zu TTIP (nicht zu CETA!) verabschiedet.¹⁴ Grundsätzlich geht die Resolution, wenn sie sich auf Regulatorische Kooperation bezieht, nicht auf die einzelnen vorliegenden Textvorschläge der EU-Kommission ein, sondern enthält generelle Empfehlungen in Hinblick auf Regulatorische Kooperation. Es gibt dort einige positive Ansätze, wie die Forderung, Bereiche, in denen die EU und die USA sehr unterschiedliche Regelungen haben, von den Verhandlungen auszuschließen. Dort, wo es allerdings konkret wird, ist die Empfehlung der Resolution nicht eindeutig genug.

So sind die Forderungen zur Aufgabe der Verhandlungen bei GVO, Hormonfleisch, Klonen – so schön sie sich auch anhören – nicht nur unvollständig, sondern verpuffen, wenn nicht konsequent auf einen Verzicht der Kapitel zur Regulatorischen Kooperation, zu SPS (Sanitäre und Phytosanitäre Maßnahmen – Sanitary and Phytosanitary Measures) zum Schutz der menschlichen, tierischen und pflanzlichen Gesundheit und zu TBT (Technische Handelsbarrieren – Technical Barriers to Trade), wie z. B. Kennzeichnung, gedrängt wird. Denn weder GVOs noch Hormone und andere nicht hormonell wirksame wachstumsfördernde Substanzen wie Ractopamin sowie das Klonen sind direkter

Bestandteil der Verhandlungen, werden aber indirekt durch die Kapitel Regulatorische Kooperation, SPS und TBT erfasst.

Das Europäische Parlament hätte auf das Wechselspiel zwischen diesen drei Kapiteln eingehen und vor allem thematisieren müssen, dass das TTIP ein *living agreement* werden soll. Der entscheidende Punkt ist, dass gerade im Bereich der Regulatorischen Kooperation diese »living«-Option es ermöglicht, das Abkommen jederzeit fortzuschreiben.¹⁵

Fazit

Die für TTIP aufgezeigten Textvorschläge sowie der ausverhandelte CETA-Vertragstext, werden, sollten sie wie geplant umgesetzt werden, zu Verhinderung und Verzögerung von starker Gesetzgebung zugunsten von Umwelt- und Verbraucherschutz führen, die wir so dringend brauchen!

Sicherlich sollte über Standards gesprochen werden und tatsächlich finden Diskussionen darüber statt. Es existieren bereits Foren, in denen transatlantische Regulierung koordiniert wird: auf deutscher Ebene die DIN-Normen, die europäischen Normen CEN und international die ISO-Normen.¹⁶ Dafür benötigt man kein TTIP. Außerdem diskutiert das geplante JMB nicht lediglich über die Farbe von Autoblinkern, sondern geht weit darüber hinaus.

Um die Welt ökologischer und nachhaltiger zu machen, brauchen wir starke Regulierungen zum Schutz unserer Umwelt und der Verbraucher. Die Deregulierungsagenda der EU geht in eine falsche Richtung. Denn wer es Ernst meint mit der Forderung, dass über Bereiche, in denen die EU und die USA bzw. Kanada sehr unterschiedliche Regelungen haben, nicht verhandelt werden soll, der muss zumindest für ein Ende der Verhandlungen der entsprechenden Kapitel, besser noch des gesamten Vertragstexts eintreten. Ansonsten scheitert eine gut gemeinte Intention an der Realität der Freihandelspolitik.

Folgerungen & Forderungen

- Regulatorische Kooperation in TTIP und CETA führt zu Verhinderung und Verzögerung von Gesetzgebung.
- Die Erfordernis von Regulierungsdialogen zwischen den transatlantischen Vertragspartnern wird Regulierungen behindern, auf beispielsweise Lebensmittelkrisen schnell und adäquat zu reagieren.
- Als sog. »lebende Abkommen« bergen TTIP und CETA die Gefahr, dass nach der Verabschiedung – an Parlamenten vorbei – weitreichende Änderungen an den Verträgen vorgenommen werden können.
- Die unterschiedliche Herangehensweise an Regulierung (Vorsorgeprinzip vs. *science-based*) miteinander zu vereinbaren, geht auf Kosten der höheren Standards.
- Die geforderten Kosten-Nutzen-Analysen nehmen monetäre Auswirkungen auf den Handel wichtiger als den Nutzen, den Regulierungen für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher haben.
- Wir benötigen eine starke Gesetzgebung und hohe Schutzstandards und keine Deregulierung zugunsten der Interessen einiger weniger großer Konzerne.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Martin Häusling: Freihandel untergräbt Zukunftschancen und Demokratie. Nachhaltige Landwirtschaft, Verbraucherrechte und demokratische Kontrolle bleiben auf der Strecke. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 41–45.
- ▶ Berit Thomsen: Mehr Macht den Konzernen? Die Bürgerbewegung gegen TTIP, CETA und die EU-Handelspolitik wächst. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 47–52.
- ▶ Alessa Hartmann: Wirtschaftsinteressen vor Demokratie? Bisherige Erfahrungen mit Klagerichten für Konzerne. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 50–51.

Anmerkungen

- 1 CETA-Vertragstext vom 26. September 2014 (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf).

- 2 Geleakter Verhandlungsvorschlag der EU vom 20. April 2015 (www.foeeurope.org/sites/default/files/eu-us_trade_deal/2015/report_regulatory_cooperation_eu_position_march2015.pdf).
- 3 Zur Rolle des OIRA – Office on Information and Regulatory Affairs siehe beispielsweise auch: https://www.bundestag.de/blob/285524/938adab2869bfb82f95bbb06fefdoc4/stellungnahme_robnett-data.pdf, S. 14 ff.
- 4 Zu diesem Ergebnis kommt unter anderem eine Analyse von Corporate Europe Observatory vom 14. Juli 2015 (<http://corporateeurope.org/international-trade/2015/07/ttip-corporate-lobbying-paradise>).
- 5 P.-T. Stoll, T. P. Holterhus und H. Gött: Die geplante Regulierungszusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Kanada sowie den USA nach den Entwürfen von CETA und TTIP. Rechtsgutachten, erstellt im Auftrag der Arbeiterkammer Wien, Juni 2015. S. iii (https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Regulierungszusammenarbeit_ttip_ceta.pdf).
- 6 Mehr zu ISDS findet sich bei P. Eberhardt, B. Redlin und C. Toubeau: Verkaufte Demokratie – Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen. Hrsg. von 15 NGOs in Kanada & Europa, darunter Corporate Europe Observatory (CEO), PowerShift und das Forum Umwelt & Entwicklung. Amsterdam/Berlin u. a. 2014. (http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/11/Studie-CETA_November-2014_verkaufte-demokratie.pdf).
- 7 The Transnational Institute et al.: Central and Eastern European countries at the crossroads - Why governments should reject investment arbitration in TTIP. June 2015 (https://www.tni.org/files/download/licensed_to_grab.pdf).
- 8 The Transnational Institute et al.: Licensed to grab – How international investment rules undermine agrarian justice. January 2015 (https://www.tni.org/files/download/licensed_to_grab.pdf).
- 9 CETA (siehe Anm. 1), S. 399.
- 10 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): TTIP und CETA: Angriff auf bäuerliche Landwirtschaft. Wie die TTIP-Verhandlungen und der CETA-Vertragstext wertvolle Standards und Qualitäten für Verbraucherschutz und in der Landwirtschaft absenken. Berlin/Hamm 2015 (www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Welthandel/2015-03_TTIP_und_CETA_Angriff_auf_b%C3%A4uerliche_Landwirtschaft.pdf).
- 11 CETA (siehe Anm. 1), S. 443.
- 12 Eine ausführliche Studie im Auftrag der Grünen-Bundestagsfraktion erstellte C. Then von Testbiotech: Freihandel – Einfallstor für die Agro-Gentechnik. Auswirkungen von CETA und TTIP auf die EU-Regelungen im Bereich der Landwirtschaft. Eine kritische Begutachtung (https://www.testbiotech.org/sites/default/files/Testbiotech_CETA_TTIP.pdf).
- 13 EU-Kommission: TTIP Round 9 – Final day press conference. New York, 24. April 2015 (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/april/tradoc_153394.pdf).
- 14 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juli 2015 mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments an die Kommission zu den Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) (2014/2228(INI)). P8_TA-PROV(2015)0252. (www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0252+0+DOC+XML+Vo//DE).
- 15 Vgl. TTIPunfairHandelbar: Keine Chance für rote Linien: Eine Stellungnahme des zivilgesellschaftlichen Bündnisses TTIP-unfairHandelbar zur TTIP-Resolution des Europäischen Parlaments vom 8. Juli 2015 (www.ttip-unfairhandelbar.de/fileadmin/download/dokumente/Analyse_TTIP-Resolution_Gesamt-final.pdf), S. 5 f.
- 16 Zum Weiterlesen: Was ich schon immer über DIN-Normen wissen wollte! (www.doku.net/artikel/wasichscho.htm).



Alessa Hartmann

Referentin für internationale Handelspolitik bei PowerShift e.V. und Koordinatorin des zivilgesellschaftlichen Bündnisses »TTIPunfair-Handelbar«.

E-mail: alessa.hartmann@power-shift.de